

<b>Zeitschrift:</b>	Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses
<b>Herausgeber:</b>	Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
<b>Band:</b>	73 (1982)
<b>Heft:</b>	20
<b>Artikel:</b>	Wissenschafts- und Technikfeindschaft
<b>Autor:</b>	Lübbe, H.
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-905028">https://doi.org/10.5169/seals-905028</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 26.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Das Präsidium unseres Verbandes stellt eine Herausforderung dar, der sich zu stellen seine ganz besonderen Reize hat. Man kann sich kaum eine vielseitigere Funktion ausmalen, besonders wenn man, wie es mir erging, gleichzeitig eine Reihe zusätzlicher Nebenfunktionen auf seinem Haupt vereinigt. Den daraus entstehenden Vorteil minimaler Koordinationsprobleme habe ich voll ausgenutzt und dennoch möchte ich grundsätzlich davon abraten, zu viele Funktionen aus unserer Branche in einer Person zu vereinigen. Wenn ich nun mein Amt niederlege, so geschieht dies in grosser Dankbarkeit Ihnen gegenüber für das mir bekannte Vertrauen und in der Hoffnung, Ihnen und vor allem unserer gemeinsamen Sache einen Dienst erwiesen zu haben. Meine besten Wünsche begleiten meinen Nachfolger.

#### Adresse des Autors

H. von Schulthess, Direktor des Elektrizitätswerkes der Stadt Zürich. Beatenplatz 2. 8023 Zürich.

plus variée surtout lorsque l'on occupe en outre une série de fonctions secondaires, tel que je l'ai fait. J'ai entièrement profité de l'avantage qui en résulte quant aux problèmes minimes de coordination et pourtant je voudrais déconseiller par principe que l'on attribue de nombreuses fonctions de notre branche à une seule personne. En me démettant maintenant de mes fonctions, je le fais avec reconnaissance pour la confiance que vous m'avez accordée et en espérant avoir rendu service à vous et surtout à notre cause commune. Je forme enfin mes meilleurs vœux pour mon successeur.

#### Adresse de l'auteur

H. von Schulthess, directeur du Service de l'électricité de la ville de Zurich, Beatenplatz 2, 8023 Zurich.

## Wissenschafts- und Technikfeindschaft

### Festvortrag von Herrn Prof. Dr. H. Lübbe an der Generalversammlung des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke am 3. September 1982 in Interlaken.

Unsere Zivilisation ist ersichtlich dabei, sich von sich selbst emotional zu distanzieren. Für diesen Vorgang gibt es eine Fülle von Anzeichen – schöne und weniger schöne. Zu den schönen Anzeichen unserer Gegenwartsdistanz gehört die neue Blüte unserer historischen Kultur. Noch nie war eine Gegenwart vergangenheitsbezogener als unsere eigene. Die Musealisation unserer kulturellen Umwelt schreitet mit einem historisch beispiellosen Tempo fort. Dem entspricht ein Publikumsinteresse vom Charakter einer Massenbewegung. In exemplarischen Zahlen gespiegelt heißt das: 1981 zählte man auf den Fussballplätzen im Nachbarland Österreich rund eine Million Zuschauer. In den Museen Österreichs hingegen fanden sich im gleichen Zeitraum 2,8 Millionen Besucher ein. Analoge Trends gibt es selbstverständlich auch in der Schweiz. Im Beispiel heißt das: Zu Beginn unseres Jahrhunderts gab es hier ein Dutzend Heimatmuseen. Kurz vor Beginn des 2. Weltkriegs war ihre Zahl auf fünfzig angestiegen. Ende der sechziger Jahre waren es bereits über einhundertzwanzig.

Zu den weniger schönen Anzeichen des fraglichen Vorgangs gehören – an den Rändern unserer Gegenwartskultur – Manifestationen offener Zivilisationsflucht, eine sich ausbreitende Aussteigermentalität und selbstverständlich der Technologieprotest, der sich längst bis in politische Räume hinein auswirkt.

Wissenschafts- und Technikfeindschaft – das ist der Name der neuen zivilisatorischen Befindlichkeit, die sich an solchen und weiteren Anzeichen ablesen lässt. Diese Wissenschafts- und Technikfeindschaft ist übrigens keineswegs zuerst in Europa beobachtet worden. Sie stammt vielmehr,

wie so vieles andere Neue auch, aus den USA. Sie wurde dort bereits Ende der sechziger Jahre diagnostiziert und ist dort auch seit mehr als einem Jahrzehnt ein öffentliches Thema. Selbstverständlich haben unsere Demoskopen den neuen Trend längst vermessen. Zur statistischen Visualisierung zitiere ich ein paar Zahlen aus einer Umfrage des Allensbacher Instituts, die Bundesrepublik Deutschland betreffend. Auf die Standardfrage «Glauben Sie, dass die Technik alles in allem ein Segen oder ein Fluch für die Menschheit ist?», antworteten repräsentativ befragte deutsche Jugendliche 1966 zu 83%: «Ein Segen.» Für den Fluch-Charakter der Technik entschied sich damals lediglich 1%. 1980 dagegen war der Anteil der vom Segen der Technik Überzeugten dramatisch von 83% auf 38% abgesunken, und der Anteil der die Technik Verfluchenden hatte sich gegenüber 1966 verneufacht.

Ein überall in Europa verbreitetes Vorurteil will es, dass der neue zivilisationskritische Affekt unter den Jugendlichen stärker als unter den Erwachsenen verbreitet sei. Das scheint uns nur so zu sein, weil unter den Protestgruppen, die man immer wieder einmal an den technischen Grossbaustellen beobachten kann, der Anteil der Jugendlichen natürlich besonders hoch ist. Im übrigen aber gilt, was eine den EG-Bereich betreffende demoskopische Studie, die die Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1979 veröffentlicht hat, zusammenfassend feststellt. Die Feststellung lautet: Es seien die «verschiedenen Themen der Beunruhigung über die Zukunft der Welt, bis auf kleinere Unterschiede, in allen soziodemographischen Gruppen gleichmäßig verteilt». Die «kleineren» Unterschiede betreffen

dabei vor allem Frauen einerseits, die «eine etwas stärkere Beunruhigung» zeigen, sowie Jugendliche andererseits, den «die steigende Künstlichkeit der Lebensbedingungen weniger ein Anlass zur Besorgnis als für die älteren» ist.

Gleichwohl: Die neue zivilisationskritische Befindlichkeit, die sich überall in den hochindustrialisierten Zonen der Welt ausgebreitet hat, ist selbstverständlich auch unter den Jugendlichen verbreitet, und man muss sich fragen, ob nicht auch der disproportional niedrige Zuwachs der Zahl der Studierenden in den ingenieurwissenschaftlichen Fachbereichen hiermit zusammenhängt. Insgesamt, so können wir der Statistik des Hochschulwesens in der Schweiz für das Jahr 1978/1979 entnehmen, nahm bis zu diesem Jahr die Zahl der Studenten in der Schweiz seit 1967/68 um 60% zu. Einen überdurchschnittlichen Zuwachs hatten in diesem Zeitraum die Studentenzahlen in den Rechts- und Geisteswissenschaften zu verzeichnen. In den Ingenieurwissenschaften blieb indessen der Zuwachs weit unterdurchschnittlich. Er betrug in den genannten Jahren lediglich 22%.

Selbstverständlich darf man diese Zahlen nicht dramatisieren. Um sie richtig einschätzen zu können, muss man, zum Beispiel, berücksichtigen, dass die sogenannte Bildungsexplosion, die sich in den letzten fünfzehn Jahren in moderater Form ja auch in der Schweiz vollzogen hat, hier wie anderswo insbesondere die Bereitschaft der Frauen mobilisiert hat, ein akademisches Studium zu ergreifen, und wir kennen die Traditionen, von denen abhängt, dass sich dieser weibliche Segen auf die Ingenieurwissenschaften natürlich weniger ausgewirkt hat. Es bleibt noch hinzuzufügen, dass in jüngster Zeit die Geneigtheit unter den Maturanden, ein ingenieurwissenschaftliches Studium zu ergreifen, deutlich zugenommen hat. Bei der Interpretation solcher Tendenzen sind natürlich eine Fülle von Faktoren zu berücksichtigen, die wirtschaftlichen Konjunkturverläufe zum Beispiel, die sich Mitte der siebziger Jahre insbesondere in den bauingenieur-wissenschaftlichen Fachbereichen deutlich ausgewirkt haben.

Aber ich möchte mich, mangels Zuständigkeit, auf eine detaillierte Interpretation der vorliegenden Statistiken nicht einlassen. Es dürfte schliesslich überhaupt nicht möglich sein, den Einfluss zu quantifizieren, den die zeitgenössische Technik-Aversion auf die Bereitschaft zum Studium der Ingenieurwissenschaften ausübt. So oder so ist es, so scheint mir, nötig, der aktuellen Technik-Aversion entgegentreten und die Gründe zu nennen, die eine Verteidigung unserer durch Wissenschaft und Technik geprägten Zivilisation nötig machen.

Das möchte ich in sieben Absätzen tun – nachdem ich zuvor einige der Gründe genannt haben werde, die uns die neue wissenschafts- und technikfeindliche Affektivität verständlich machen können.

Der nächstliegende Grund ist natürlich der Kostenfaktor, näherhin der Anstieg der nicht privatwirtschaftlich balancierten Aufwendung für die Wissenschaft in Relation zum Nationalprodukt einerseits und zu den öffentlichen Haushalten andererseits. In vielen Industrieländern wiesen in den vergangenen Jahren die Wissenschaftshaushalte die relativ stärksten Steigerungsquoten auf.

Disproportionaler Kostenanstieg lässt Kosten bekanntlich disproportional auffällig werden. Entsprechend sind

die Verbraucher der Wissenschaftsaufwendung unter einen disproportional angestiegenen Rechtfertigungsdruck geraten. Entsprechend sind auch gegenwärtig Wissenschaftler in einem Umfang wie nie zuvor statt mit ihrer Wissenschaft mit der Beantwortung der Frage beschäftigt, wozu ihre Wissenschaft gut sei.

Auch die Natur der Erwartungen der politischen Öffentlichkeit gegenüber der Wissenschaft verändert sich unter der Wirkung auffällig gewordenen Kostenanstiegs. Die glaubwürdige Verheissung praktisch-technischer Nutzbarkeiten wird zum durchschlagenden Rechtfertigungsargument, und die Grundlagenforschung einerseits und die Geisteswissenschaften andererseits geraten in entsprechende Legitimationsschwierigkeiten.

Ein weiterer Faktor, der an der Veränderung unserer Einstellung zur Wissenschaft mitwirkt, ist weniger trivial. Seine Auswirkungen reichen tiefer und sind weniger überschaubar. Auch dieser Faktor wirkt über Kosten. Aber die gemeinten Kosten sind dieses Mal nicht die disproportional anwachsenden Wissenschaftskosten in Relation zu den Haushalten, vielmehr die Forschungskosten in ihrem disproportionalen Wachstum in Relation zum Wissenszuwachs. In vielen Bereichen trifft heute auch die Forschung auf Grenznutzenprobleme.

Die Curiositas, die theoretische Neugier, ist das letztinstanzliche Rechtfertigungsprinzip neuzeitlicher Wissenschaft. Die Rechtfertigungskraft dieses Prinzips verliert unter Bedingungen eines vermuteten abnehmenden Grenznutzens unserer Forschungsanstrengungen rasch an politischer und moralischer Evidenz.

Ich erläutere das an einem uns allen bekannten Beispiel. Es kommt ja gelegentlich vor, dass Neuigkeiten aus Wissenschaft und Technik, statt wie gewöhnlich in Beilagen oder auf hinteren Seiten des Wissenschaftsfeuilletons, auf dem Titelblatt unserer Zeitungen gemeldet werden. Der Anblick der Menschheit seit Anbeginn abgekehrten Rückseite des Mondes, den uns zum erstenmal das Funkfoto einer sowjetischen Raumsonde gewährte, war ein solcher Fall. Worin bestand die Sensation, die dieses Foto titelblattfähig machte? Sie bestand in der Demonstration eines unerhörten technischen Könnens, wie es uns auch gegenwärtig noch bei der Marsexploration anröhrt. Im übrigen gewährte aber ja jenes Foto dem Laien theoretisch keine andere Erleuchtung als diese, dass der Mond von hinten im wesentlichen so aussieht wie von vorn. Und dafür ein Milliardenaufwand?

Man muss kein linker Moralist sein, um Fragen dieser Sorte plausibel zu finden. Es ist wahr, dass die gestellte Frage sich durchaus beantworten liesse. Aber diese Antwort wäre vor der Öffentlichkeit schwerer verständlich zu machen als jene Frage.

Auch das bekannte Gegenargument zur Apologie gewisser politisch forcierter Grossforschungstechnologien, das sich auf den unbestreitbaren «fall out» von Nützlichkeitsnebenfolgen bezieht, verschlägt in moralischer Hinsicht nur wenig. Denn der Moralist pflegt auf dieses Argument, das in polemischer Untertreibung als das sogenannte Teflon-bratpfannenbeschichtungsargument bekannt ist, zu erwiedern, dass solche Errungenschaften sich doch auch wohl in direkter technologischer Intention hätten gewinnen lassen müssen.

Unter dem Druck der Relevanznachweispflicht erliegen nicht wenige Wissenschaftler der Gefahr, ihre Wissenschaft als praktischer erweisen zu wollen, als sie nach Massgabe ihrer nutzbaren theoretischen Gehalte tatsächlich sein kann. Das liese sich an den das Ansehen der Wissenschaft schädigenden Schicksalen der sogenannten Futurologie, zum Beispiel, zeigen. In ihrem rationalen Kern ist ja die Zukunftsforschung nichts anderes als ein Versuch, die sich zu ihren Erklärungsleistungen symmetrisch verhaltenden prognostischen Potentiale theoretischer Wissenschaften für gegebene Handlungs- und Planungszwecke zu nutzen. Statt dessen haben nicht wenige Futurologen mit der Aussicht auf Publizitätsgewinn unerfüllbaren Erwartungen der Öffentlichkeit an die Wissenschaft nachgegeben und haben sich in den frühen sechziger Jahren prometheisch verhalten, während sie jetzt eher die Rolle der Cassandra schätzen. In nachweisbaren Fällen erliegen Wissenschaftler der Versuchung, zuviel zu behaupten, und sie fallen damit in die klassische Intellektuellenrolle des Zeitgeistverstärkers. Als Wirkung auf die Öffentlichkeit ergibt sich: Erwartungsenttäuschung durch unerfüllbare Relevanzversprechungen.

Auch in Bereichen, in denen die methodische Seriosität der wissenschaftlichen Argumentation niemals bedroht war, gibt es heute Enttäuschungen über die Wissenschaft in der Konsequenz überzogener Erwartungen an ihre vorhandenen oder nutzbaren Kapazitäten zur Lösung akuter und sich verschärfender Probleme. Die Krebsforschung ist ein solcher Bereich, in welchem heute unter dem Blick einer öffentlichen Aufmerksamkeit gearbeitet werden muss, die zwischen Enttäuschung und Hoffnung schwankt, und das Phänomen der Stagflation, das bei John Maynard Keynes nicht vorgesehen war, erschütterte zumindest zeitweise das Vertrauen der Politiker in die Ökonomie als wirtschaftspolitische Leitwissenschaft.

Man erkennt: Die heute den Wissenschaften angesonne Relevanznachweispflicht ist lediglich an der wissenschaftspolitischen Oberfläche kosteninduziert. In ihrer Tiefenstruktur ist diese Verpflichtung eine Folge des Umstandes, dass die Wissenschaft, indem sie tatsächlich in das Ensemble unserer sozialen und physischen Existenzbedingungen eingewandert ist, zum realen Objekt unserer Lebenshoffnungen und damit auch unserer Enttäuschungen geworden ist.

Der letztinstanzliche Grund für die Änderung unserer Einstellung zur Wissenschaft scheint mir nun der zu sein, dass in der Bilanz dieser beiden Affekte von Hoffnung und Enttäuschung, die sich auf Wissenschaft und Technik als ihr Objekt heute beziehen, das Enttäuschungsmoment relativ zunimmt.

Die Wissenschaft und die von ihr abhängige Technik sind in den Prozess aktueller Selbstdistanzierung unserer Zivilisation einbezogen, und das insoweit zu Recht, als ja in der Tat die Wissenschaft der zentrale Beschleunigungsfaktor unserer Zivilisation ist.

Durch einschlägige Publikationen genährt, verstärkt sich in der Öffentlichkeit der Eindruck, dass das Problemerzeugungspotential der wissenschaftlich-technischen Zivilisation derzeit rascher anwachse als ihr Problemlösungspotential. Anwachsender Schädlichkeitsnebenfolgen – Fall out bringt die Praxis der Maximierung zivilisatorischer Errungenschaften unter den Druck einer Grenznutzenerfahrung.

Das schlägt auf das Legitimationsproblem wissenschaftlicher Praxis zwangsläufig zurück. So ist die anwachsende Wissenschafts- und Technikfeindschaft durchaus verständlich. Gleichwohl ist sie gefährlich und letztlich ebenso irrational wie Maschinenstürmerei im 19. Jahrhundert. Entsprechend möchte ich, wie angekündigt, im folgenden in sieben Absätzen zu sagen versuchen, was zur Apologie unserer durch Wissenschaft und Technik geprägten Zivilisation zu sagen nötig ist.

Es ist nötig, den humanen Lebenssinn zu verteidigen, von dem auch unsere wissenschaftlich-technische Zivilisation erfüllt ist. – Unsere Zukunftsfähigkeit wächst ja mit dem Ausmass der jeweils eigenen Vergangenheit, mit der wir uns in Übereinstimmung wissen können. Wenn man diesen Satz versteht, versteht man zugleich, was es für die Zukunft unserer durch Wissenschaft und Technik geprägten Zivilisation für Folgen haben müsste, wenn wir uns einreden liessen, der geschichtliche Weg dieser Zivilisation sei in Wahrheit ein Irrweg gewesen. Die Evolution unserer Zivilisation hat sich tatsächlich mit einer historisch beispiellosen Dynamik vollzogen. Aber was erklärt diese Dynamik? Die Antwort lautet: Die Durchsetzungskraft unserer durch Wissenschaft und Technik geprägten Zivilisation beruht in letzter Instanz auf der Evidenz der Zustimmungsfähigkeit, ja Zustimmungspflichtigkeit der Lebensvorzüge, die, zunächst als Verheissung und schliesslich als Realität, von Anfang an mit den Fortschritten dieser Zivilisation verbunden waren.

Das sieht man, wenn man sich der Banalität dieser Lebensvorzüge wegen intellektuell nicht abschrecken lässt, sie aufzuzählen. Um welche Lebensvorzüge handelt es sich denn? Die elementarsten sind: Befreiung des Menschen vom physischen Zwang niederdrückender Arbeit; Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeit; durch Steigerung der Produktivität der Arbeit Mehrung der Wohlfahrt; durch Mehrung der Wohlfahrt Festigung der Bedingungen sozialer Sicherheit und über die Festigung der sozialen Sicherheit schliesslich Mehrung des sozialen Friedens.

Es ist wahr, dass auch der Zivilisationsprozess inzwischen unter den Druck der Erfahrung eines abnehmenden Grenznutzens geraten ist. Aber das bedeutet keineswegs, dass die aufgezählten, ebenso banalen wie praktisch fundamentalen Lebensvorzüge inzwischen im Nebel der Ungewissheiten verschwunden wären. Sie haben vielmehr unverändert ihren jedermann erkennbaren Ort auf der Gemeinplatzebene. Das gilt auch dann, wenn im übrigen gilt, dass die zivilisatorischen Zuwachsmöglichkeiten jener Lebensvorzüge keineswegs grenzenlos sind.

Es ist aus Gründen zunehmender ideologischer Turbulenzen nötig, der Meinung entgegenzutreten, dass die in der Tat stets fällige Rückbindung der wissenschaftlich-technischen Evolution an den humanen Lebenssinn dieser Evolution in einem liberalen politischen und wirtschaftlichen System nicht geleistet werden könne, so dass wir für die Sicherung des humanen Lebenssinns unserer Zivilisation eine ganz andere wirtschaftliche und politische Ordnung bräuchten. Mit ein paar Hinweisen möchte ich in diesem Zusammenhang zunächst plausibel zu machen versuchen, wieso speziell die marxistisch geprägten Ideologien in besonderer Weise unfähig machen, Nutzen und Nachteil technologischer Entwicklungen pragmatisch gegeneinander ab-

zuwählen und einzuschätzen. Wieso ist das so? Das versteht man, wenn man sich den Sinn eines der berühmtesten Diktats Lenins vergegenwärtigt, das Diktum nämlich, Kommunismus sei Sowjetmacht plus Elektrizität. Der fragliche Sinn dieses Diktums lässt sich in drei Sätzen explizieren. Zunächst: Politik als Herrschaft von Menschen über Menschen; den Staat als Instrument dieser Herrschaft gibt es in marxistischer Sicht, so lange Güter knapp sind und eben deswegen das Problem der Verteilung des gesellschaftlichen Arbeitsprodukts den Charakter eines politischen, das heißt allein durch Machtentscheid lösbaren Problems hat. So dann: Herrschaft wird schliesslich überflüssig und damit zugleich Kommunismus möglich, wenn ein Zustand der Fülle, ja der Überfülle herrscht, so dass das Problem der Verteilung des gesellschaftlichen Arbeitsprodukts sich entpolitisiert, indem – um es in Kurzfassung so zu sagen – vom Geben zum Nehmen übergegangen werden kann. Schliesslich: Industrie – im zitierten Leninschen Diktum metonymisch vertreten durch die Elektrizität – Industrie also, zur höchsten Produktivität gesteigert, ist die wissenschaftlich-technische Bedingung des Eintritts ins Endreich kommunistischer Freiheit, und entsprechend dominant ist in diesem System der ideologische Stellenwert des industriellen Fortschritts.

Es handelt sich bei diesen hier in äusserster Knappheit formulierten Ideologien keineswegs um folgenlose Philosophie. Es ist einzig diese Philosophie, die uns erklärt, wieso im Mittelpunkt der politischen Emblematik im sogenannten realen Sozialismus Arbeitsgeräte stehen – Hammer und Sichel, oder auch, weniger grob, Hammer und Zirkel wie im Staatswappen der DDR. Es ist eine Konsequenz dieser Philosophie, dass es in der offiziellen Kunstrichtung des sozialistischen Realismus lyrische Feiern von Traktoren und Kränen gab – später zu Feiern von Datenverarbeitungsmaschinen verfeinert, mit denen sich die Verheissung verband, endlich die Feinsteuersprobleme einer zentralistisch verwalteten Planwirtschaft lösen zu können. Es bleibt noch hinzuzufügen, dass in einem System, in welchem der ideologische Stellenwert der technisch ermöglichten Produktionssteigerung grösser als in jedem anderen Gesellschaftssystem ist, die ideologischen Bedingungen für eine entschlossene, nämlich aufwandbereite Lösung der ökologischen Nebenfolgenprobleme von Industrialisierungsprozessen natürlich besonders ungünstig sind.

Das ist die Argumentation, die nötig ist, um politisch begreiflich zu machen, wieso grüne Hoffnungen in roten Zukunftshorizonten ganz besonders geringe Erfüllungschancen haben. Mit diesem Argument möchte ich selbstverständlich den Ernst vieler der Probleme, bei denen in vielen Ländern Europas grüne Bewegungen sich engagiert haben, keineswegs geleugnet haben. Unter dem Aspekt des Vergleichs der Systeme nach ihrer Fähigkeit, auf die Herausforderung jener ernsten Probleme zu reagieren, möchte ich lediglich geltend machen, dass für die Lösung dieser Probleme einschliesslich der ökologischen Probleme nach mobilsierbaren Interessen ebenso wie nach minimalisierungsbedürftigem Zeitaufwand stets dann am besten gesorgt ist, wenn es gelungen ist, sie auf einen freien Markt zu bringen. Diese These leugnet nicht, setzt vielmehr voraus, dass uns die technische Evolution in wachsendem Masse Lasten auflädt, die in Preiskalkulationen als Kosten nicht vorkommen:

men: die wohlbekannten sogenannten externen Kosten. Die These besagt lediglich, dass, soweit es durch institutionelle und insbesondere gesetzgeberische Massnahmen gelungen ist, externe Kosten in marktpreisrelevante Kosten zu verwandeln, wie durch nichts sonst zugleich das Interesse geweckt ist, diese Kosten zu senken. Mehr als alle Fernsehaufklärung haben die steigenden Energiepreise, zum Beispiel, die Energiesparbereitschaft in unseren privaten Haushalten geweckt, und analog ist es der freie Markt, der einzig auf den speziellen Bedarf alternativer Lebenskultur sich einzustellen vermochte – bis hin zur kostenträchtigen, Verzichte erzwingenden Bio-Nahrung.

Es ist wahr, dass es Lebensbereiche gibt, in denen der Grenznutzen der zivilisatorischen Evolution rasch abnimmt. Sogar für Teilbereiche der Medizin gilt das, und es gibt gute Gründe anzunehmen, dass wir für die vorbeugende Sicherung unserer Gesundheit vor den Gefahren einiger wichtiger sogenannter Zivilisationskrankheiten durch Änderungen in unserer Lebensweise ungleich mehr tun können, als alle wissenschaftlich disziplinierte therapeutische Kunst im nachhinein es vermöchte.

So sagen es ja die Mediziner selbst, und im mythischen Gleichnis heisst das: Von den beiden Töchtern des Asklepios, Hygieia und Panakea, gewinnt Hygieia rasch an Bedeutung – nicht, weil Panakea versagt hätte, vielmehr umgekehrt deswegen, weil, nachdem sie so überaus erfolgreich war, uns nunmehr um so mehr bedrängt, was Hygieia ungleich besser vorbeugend zu bewahren als Panakea therapeutisch im nachhinein wiederherzustellen weiß.

Aber aus der Einsicht, dass in etlichen Lebensbereichen tatsächlich der Lebensertrag zunehmend hinter dem Aufwand an wissenschaftlich-technischen Mitteln zurückbleibt, den wir treiben, um diesen Lebensertrag zu erbringen, darf man nicht auf die Sinnlosigkeit dieses Aufwands schliessen. Auch wo nach unserer gegenwärtigen Erfahrung und Einsicht das Optimum in einer Entwicklung erreicht zu sein scheint, bedarf es der fort dauernden Bereitstellung dessen, was nötig war, um dieses Optimum zu erhalten. Das bedeutet: Wissenschaft und Technik sind nicht nur Medien des Fortschritts; sie haben zugleich auch einen konservativen Sinn als Bedingungen einer Lebenskultur, die dem moralischen und politischen «common sense» unverändert der Erhaltung wert zu sein scheint. Dabei ist es so, dass sogar solche konservativen Zwecke ohne mannigfachen zusätzlichen Fortschritt gar nicht erreichbar sind. Für die Wissenschaften zum Beispiel, die in Forschung und Entwicklung praxisnah dazu beitragen, unsere Industrieproduktion intelligenter zu machen, gilt das. Einzig durch Fortschritte dieser Art wird es möglich sein, unsere Industrieproduktion, bei unserem Lohnniveau, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu halten. Nicht zuletzt unter dem Aspekt der Arbeitsplatzsicherung ist die Bedeutung der Wissenschaft in praxisorientierter Forschung und Entwicklung auch künftig wachsend und nicht etwa abnehmend. Dabei handelt es sich bei den wissenschaftlichen und technologischen Fortschritten, die wir insoweit auch künftig wollen müssen, nicht um einen ziellosen Leerlauf, und es ist nicht eine zielblinde Wachstumsideologie, der man huldigt, indem man die Nötigkeit dieser Fortschritte geltend macht. Gerade die Mikroelektronik und mit ihr die Informations- und Steuerungstechnologie ist es ja, auf die wir gerade auch unter

dem Aspekt ökologischer Zukunftsvorsorge angewiesen sein werden. Nur über sie lassen sich Fluss und Verbrauch von Energie und Material optimieren, und die entscheidenden Medien zur Erhöhung der Sicherheit technischer Systeme sind sie ohnehin.

Ich erinnere an diese wohlbekannten Dinge nicht, weil ich blind für die Folgelasten wäre, die zweifellos auch mit diesen hier exemplarisch genannten Fortschritten der Informations- und Kommunikationstechnologien verbunden sein werden oder bereits sind – von den elektronisch erzeugten Klangwolkenrefugien, in die hinein jugendliche Subjektivitäten versinken, bis zu den steigenden Mobilitätszumutungen, die heute, unter dem Druck der elektronischen Revolution, vom Arbeitsmarkt ausgehen. Es kam mir lediglich darauf an klarzumachen, dass auch für die aktuellen, in die Zukunft weisenden Fortschritte in Wissenschaft und Technologie gilt, dass ihre Triebkraft nicht unser Übermut ist, vielmehr die Zugkraft zustimmungsfähiger, ja zustimmungspflichtiger Zwecke, an denen sich diese Fortschritte orientieren.

Die anwachsende Gefährlichkeit vieler Fortschritte – von der anwachsenden Missbrauchsgefahr bis zu der anwachsenden Reichweite ihrer Schädlichkeitsnebenfolgen – soll damit, noch einmal, nicht geleugnet sein. Aber auf irreversible Weise wächst damit zugleich die Bedeutung der Wissenschaft als des entscheidenden Mediums zur Früherkennung solcher Gefahren. Sogar das ökologische Krisenbewusstsein der Gegenwart beruht ja nur zum Teil auf Wirkungen, die bereits bis in unsere individuelle Existenz durchgeschlagen sind. Es verdankt sich zum grösseren Teil der publizistischen Verbreitung wissenschaftlicher Vermessung von Trends, die in eine Zukunft weisen, die allerdings unerträglich wäre, wenn wir unterstellen müssten, ihre pure Extrapolation sei mit ihrem tatsächlichen Verlauf identisch. Eben das aber wird ja um so unwahrscheinlicher, je früher und gründlicher solche Trendvermessung erfolgt und je nachhaltiger ihre Publikation unsere Einstellungen und Verhaltensweisen ändert. In der Quintessenz heisst das: Die Wissenschaftler selbst sind es ja, die heute die Rolle der Cassandra übernommen haben, und auch das ist ein Teil ihrer Unentbehrlichkeit. Es ist freilich ein Irrtum anzunehmen, dass die Bereitschaft des Publikums, auf Kassandrentöne zu hören, mit dem Mass ihrer Übertreibung beim Anstimmen solcher Töne zunimmt. Und im übrigen gilt: Die Erzeugung von Angst und Panik ist stets das sicherste Mittel, eine objektiv schwierige Lage subjektiv unbestehbar zu machen.

In der gegenwärtig sich ausbreitenden Wissenschafts- und Technik-Aversion steckt unverkennbar ein Moment eurozentristischer Selbstbezogenheit. Es ist ja durchaus richtig, dass wir im Kontrast gegen die Bilder einfachen Lebens in vorindustriellen Kulturen unsere Sensibilität für die negativen Aspekte unseres eigenen Lebens steigern können. Das ist es, was uns im Beginn der europäischen Moderne Rousseau vorgemacht hat, und die Menge jener Studenten macht es ihm nach, die in eindrucksvoller Gleichgültigkeit ihren Berufschancen gegenüber sich heute dem Studium der Ethnologie verschrieben hat. Es ist das die Suche nach dem verlorenen Besseren, und es ist nötig anzuerkennen, dass diese Suche den hohen kulturellen Wert haben kann, uns resistent gegen die Borniertheit zu machen, die jeweils mit uns ziehende neue Zeit in jeder Hinsicht für die beste aller Zei-

ten halten zu sollen. Gleichwohl: Es bleibt Nonsense, die Vorzüge einfachen Lebens den Nachteilen des Lebens in unserer eigenen Zivilisation entgegenzusetzen, wenn man nicht zugleich auch in umgekehrter Richtung bilanziert. Die Evidenz der Lebensvorzüge unserer Zivilisation ist es nämlich, die heute auch in den Ländern der sogenannten Dritten Welt mobilisierend und politisierend wirkt, und es ist abermals Nonsense, erwarten zu wollen, dass das Massenelend in dieser Dritten Welt sich ohne einen kulturellen Transfer unserer Wissenschaft und Technik dämpfen oder gar beseitigen liesse. Damit ist selbstverständlich nicht unterstellt, die zivilisatorische Evolution in jenen Ländern müsse sich nach dem historischen Muster unserer eigenen vollziehen, und es ist gleichfalls nicht unterstellt, dass die Herkunftskulturen jener Länder es nicht wert wären, sich in den ablaufenden Modernisierungsprozessen zu behaupten. Es wird schliesslich auch nicht unterstellt, dass Modernisierung folgelastenfrei möglich sei, und überdies darf man konzedieren, dass die Fehlrate in der Exekution der Modernisierungsprogramme von der medizinischen Versorgung bis zur Forsttechnologie immer wieder einmal erheblich ist. Aber das ändert an der Tatsache nichts, dass moderne Wissenschaft und Technologie überall in der Welt ein integraler Bestandteil der Modernisierung sind. Der vermeintliche Moralismus, der vormoderne Kulturen vor dem europäischen Sündenfall wissenschaftlich-technischer Modernisierung schützen möchte, ist in Wahrheit ein eurozentrischer Immoralismus aus zivilisationsüberdrüssiger Selbstbezogenheit. Jedermann begreift doch die Wünschbarkeit, ja die Notwendigkeit sauberer Schelfmeere und ihrer Strände bei uns wie in Westafrika. Aber daraus kann man nicht die Folgerung ableiten, es sei besser, dort mit der Industrialisierung erst gar nicht zu beginnen. Die Reaktion auf diese Folgerung müsste nämlich sein, was ein schwarzer Delegierter bei der UNO-Umweltschutzkonferenz in Stockholm den Europäern aus gegebenem Anlass entgegenrief: Eure Sorgen möchten wir haben!

Die Verteidigung unserer von Wissenschaft und Technik geprägten zivilisatorischen Lebensbedingungen hat, wie man sieht, nicht nur einen technischen, sondern auch einen moralischen Sinn, und es ist entsprechend nötig, die moralischen Irrationalismen aufzudecken, die sich in nicht wenigen Fällen hinter der aktuellen Technologiekritik verbergen. Vier solcher Irrationalismen möchte ich nennen. Die erste Irrationalität ist das Handeln nach dem Nassauer Prinzip. Genau nach diesem Prinzip handelte jener zu grosser Medienpublizität gelangte deutsche Umweltschützer, der sich weigert, den Kernenergieanteil am häuslichen Stromkonsum zu bezahlen und der den entsprechenden Betrag an eine grüne Aktionskasse abführte, anstatt auf den Konsum jenes Stromanteils zu verzichten oder ihn privat zu erzeugen. Es ist selbstverständlich jedermann unbenommen, mit moralischer Rigorosität auf die Wohlfahrt, wie sie einzig unsere Zivilisation bieten kann, zu verzichten und im Ernst einen Versuch zu machen, alternativ zu existieren. Ein solcher Versuch hat sogar dann noch eine individuelle Respektabilität, wenn er, zur allgemeinen Norm erhoben, zivilisatorische Zusammenbrüche und Massenelend zur Konsequenz haben müsste. Es ist aber keineswegs respektabel, sich in solchen Versuchen mit moralischer Aggressivität gegen unsere Industriegesellschaft zu kehren, deren Umvertei-

lungsleistungen man zugleich ungeniert auch für sich selbst in Anspruch nimmt. – Die zweite moralische Irrationalität im derzeit praktizierten Technologieprotest ist die des politischen Handelns nach dem bekannten St.-Florians-Prinzip. Nicht wenige unter unseren Bürgerinitiativen sind offensichtlich diesem Prinzip verpflichtet. Für die Region verlangt die Bürgemehrheit unverändert und aus plausiblen Gründen den Bau der längst geplanten Stichautobahn. Aber potenziert äussert sich der Widerstand derjenigen unter diesen Bürgern, die unter den Folgelasten eines solchen Autobahnbau am ehesten zu leiden haben. Selbstverständlich ist nichts dagegen einzuwenden, wenn man im politischen Aktionszusammenhang seine Interessen zur Geltung bringt – im Vertrauen darauf, dass die anderen Bürger das-selbe tun werden und im ganzen schliesslich ein gemeinwohldienliches Ergebnis aus den politischen Entscheidungsprozessen resultiert. Aber es ist alles dagegen einzuwenden, dass der Kampf gegen die Folgelasten von Projekten zur Verbesserung technischer Infrastrukturen, an deren Gemeinwohldienlichkeit man billigerweise nicht zweifeln kann, sich moralisch bis zu jener Spannung auflädt, die sich dann in purer Aggressivität entlädt. Die Politik hat keine Chance, der sich ausbreitenden Geltung des St.-Florians-Prinzips entgegenzutreten, wenn man sich nicht entschliesst, nun endlich auch die nach diesem Prinzip Handelnden moralisch und gegebenenfalls auch rechtlich mit den Folgen zu belasten, die ihr Handeln für das Gemeinwohl haben muss.

Ein dritter Grundsatz, nach dem heute moralisch widersprüchsvoll in technikfeindlichen politischen Aktivitäten gehandelt wird, ist der Grundsatz «Wasch mir den Pelz, aber mach' mich nicht nass». Die Geltung dieses Prinzips erläutere ich gern am Beispiel jener mir bekannten engagierten Jungdemokratin, die in ihrer häuslichen Küche eine energie- und abwasserreiche Spülmaschine installieren lässt, um Zeit zu gewinnen, die sie braucht, um an Protestaktivitäten gegen den benachbarten Kernkraftwerk- und Chemiewerksbau teilzunehmen. Beispiele analog Handelnder sind unabzählbar – von jenen Protestlern, die gleichzeitig für forcierten Wohnungsbau wie gegen die Eröffnung einer weiteren Kiesgrube eintreten, bis zu jenen Pfahlbürgern, die in ihren Wohnquartieren gleichzeitig gegen den individuellen PKW-Verkehr wie auch gegen die Aufstellung von E-Masten protestieren, die nötig sind, um eine Bahnstrecke durch Elektrifizierung leistungsfähiger zu machen. – Eine vierte Irrationalität ist schliesslich der Grundsatz der Erhebung der guten moralischen Gesinnung über die Urteilskraft. Es ist ja, zum Beispiel, vollkommen richtig, dass wir bei unserem guten Gewissen verpflichtet sind, keinerlei Handlungen zuzulassen, die geeignet sind, die genetische Identität unserer Gattung zur Disposition zu stellen. Aber es ist eben nicht eine Frage dieses unwidersprechlichen moralischen Grundsatzes, vielmehr eine Frage sachorientierter Urteilskraft, ob denn mit dem weiteren Ausbau der Kernenergie tatsächlich eine physikalische Belastung unserer Lebenswelt verbunden sei, die die genetische Identität unserer Gattung zu verändern droht.

Die Kritik an den skizzierten Irrationalismen im aktuellen Technologieprotest unterstellt nicht, dass es zu Besorgnissen über die Zukunft der wissenschaftlich-technischen Zivilisation keinen Anlass gäbe. Die fällige moralische und

politische Verteidigung dieser Zivilisation schliesst daher die Notwendigkeit ein, sich den Gründen zu stellen, die uns tatsächlich besorgt machen müssen. Die Rhetorik der Beschwichtigung ist ungeeignet, das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit unserer Zivilisation wieder allgemein zu machen. Es gibt sogar Gründe anzunehmen, dass unser Verhältnis zur wissenschaftlich-technischen Zivilisation sich in irreversibler Weise zu einem Verhältnis grösserer kultureller Distanz entwickelt hat, so dass jeder Versuch, erneut den Glanz der Euphorie über dieses Verhältnis zu legen, in Unglaubwürdigkeiten enden müsste. Gleichwohl bleibt die gegenwärtig sich ausbreitende Wissenschafts- und Technik-Aversion unzulässig, und zwar im wesentlichen aus den zwei schon genannten Gründen. Zunächst sind es die Wissenschaften selbst, auf die wir angewiesen sind, um prekäre Trends unserer zivilisatorischen Evolution in ihren Ursachen erkennen und in ihren Auswirkungen abschätzen zu können. Sodann sind es wiederum diese Wissenschaften, ohne die wir zu fälligen Gegensteuerungen nicht mehr in der Lage wären. Gegen diese Argumentation gibt es die rhetorisch längst standardisierte Gegenargumentation, es sei doch der Beweis der vollendeten Sinnlosigkeit unserer Zivilisation, dass sie im wachsenden Masse Wissenschaft und Technik benötigt, um die Folgelasten von Wissenschaft und Technik erträglich zu machen.

Aber diese Gegenargumentation sticht nicht. Was in Wirklichkeit abläuft, ist – um es in der Wiederholung zu sagen – dieses: Wir geraten in sich mehrenden Teilbereichen unseres zivilisatorischen Lebenszusammenhangs unter den Druck der Erfahrung eines abnehmenden Grenznutzens. Diese Erfahrung desavouiert aber nicht den Lebenssinn dieser Zivilisation; sie bekräftigt vielmehr, indem sie den Lebenssinn unseres Systems unberührt lässt, die Banalität, dass in einem endlichen System unendliches Wachstum nicht stattfinden kann. Zu deutsch: Bäume wachsen nicht in den Himmel. Aber wer es deshalb für erforderlich hielte, ihnen die Kräfte zu entziehen, die sie wachsen liessen, würde sie absterben lassen.

Gerade unter anwachsendem Druck von folgelastender Entwicklung unserer wissenschaftlich-technischen Zivilisation nimmt also die Nötigkeit von Wissenschaft und Technik nicht ab; sie erreicht vielmehr das Maximum ihrer Nötigkeit – wie uns ja überhaupt stets ein Maximum an Leistung und steuernder Kontrolle abverlangt ist, wo wir in Grenzbereichen unserer Möglichkeiten uns bewegen. Es ist natürlich der Aspekt ihrer fortdauernden und noch zunehmenden praktischen Relevanz, unter welchem bei dieser Argumentation die Wissenschaften gesehen werden. Das heisst aber nicht, dass das andere, zweite Legitimationsprinzip, dessen Geltung die Wissenschaft in unserem kulturellen Gesamtsystem anerkannt sein lässt, nämlich die Curiositas, die theoretische Neugier, keine Rolle mehr spielte. Dass die Wissenschaft nicht nur relevanzorientiert, vielmehr unverändert auch aus freiem, ungebundenem Interesse für das, was der Fall ist, sich bei uns bestätigen können muss, ergibt sich allein schon aus der unveränderten Nötigkeit der Grundlagenforschung. Grundlagenforschung ist nötig, um die Wissenschaft relevant zu halten; es ist aber zugleich unmöglich, Grundlagenforschung in den Fesseln einer vorweg fixierten Relevanzerwartung zu treiben. Relevanz oder Curiositas – das sind, als Legitimationsprinzipien

wissenschaftlichen Tuns, keine Alternativen. Es gibt die Relevanz der Curiositas, aber nur die ungebundene Curiositas hat sie, und ihre Geltung bedarf daher der Verteidigung.

Aber auch unabhängig von seiner Rolle als unentbehrliches Mittel, die Wissenschaft relevant zu halten, behält das freie, ungebundene Interesse für das, was der Fall ist, seinen anerkennungsbedürftigen Rang als ein Spezifikum europäischer Humanität. Was das heisst, lässt sich mit besonderer Deutlichkeit im Kontrast gegen manifeste Verletzungen dieser Humanität erkennen. Als bald nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland der weltberühmte Philosoph Edmund Husserl das Schreiben des badiischen Kultusministers mit dem Verbot weiterer universitäter Betätigung in seiner Wissenschaft erhielt, drehte Husserl diesen Brief um und bedeckte ihn auf seiner Rückseite in stenographischen Kürzeln mit den Ergebnissen kinästhetischer Analysen, deren praktische Relevanz schwerlich hätte dargetan werden können. Das ist ein Fall des Weitermachens, dessen humane Würde der des archimedischen Satzes «*Noli turbare circulos meos*» nicht nachsteht.

Soweit meine sieben Argumente zur Metakritik desparater aktueller Wissenschafts- und Technikkritik. Sie lassen erkennen, dass wir auf die Bereitschaft von Angehörigen nachwachsender Generationen, die Wissenschaft zu ihrem Beruf zu machen, auch künftig aus höchst pragmatischen Gründen angewiesen sind und dass darüber hinaus diese Bereitschaft auch künftig sich moralisch mit unseren Lebensnotwendigkeiten in Übereinstimmung wissen darf. Es gehört in diesem Zusammenhang zu den zuversichtlich stimmenden Vorgängen in der akademischen Welt, dass, wie ich eingangs bereits erwähnt habe, die Neigung, sich durch ein technik-wissenschaftliches Studium auf das Berufsleben vorzubereiten, die eine Zeitlang gedämpft war, inzwischen wieder in erfreulicher Weise zunimmt.

#### Adresse des Autors

Dr. H. Lübbe, Professor für Philosophie und Politische Theorie an der Universität Zürich, Rämistrasse 71, 8006 Zürich.

## Protokoll der 91. ordentlichen Generalversammlung des VSE

vom Freitag, dem 3. September 1982, 16 Uhr,  
Kongress-Saal CCCI, Interlaken

Präsident H. von Schulthess, Direktor des Elektrizitätswerkes der Stadt Zürich, heisst die zahlreichen Gäste und die VSE-Mitglieder willkommen. In seiner Ansprache behandelt Herr von Schulthess aktuelle Probleme, die die schweizerische Elektrizitätswirtschaft beschäftigen, vor allem im Hinblick auf die politischen Entscheide im Zusammenhang mit der Sicherstellung unserer Elektrizitätsversorgung. Er erwähnt die zahlreichen Tätigkeiten des Verbandes und dankt als abtretender Präsident für die ihm in seiner Präsidialzeit gewährte tatkräftige Unterstützung<sup>1)</sup>.

Anschliessend eröffnet der Vorsitzende die 91. Generalversammlung des VSE. Er stellt fest, dass die Einladung durch Publikation im Bulletin SEV/VSE Nr. 14 vom 17. Juli 1982 unter Angabe der Traktanden rechtzeitig erfolgte. In der gleichen Nummer des Bulletins sind auch die Anträge des Vorstandes, die Rechnung und Bilanz des VSE 1981, der Bericht des Vorstandes an die Generalversammlung über das Geschäftsjahr 1981, die Rechnung, die Bilanz und der Jahresbericht 1981 der Einkaufsabteilung enthalten sowie der Bericht der Rechnungsrevisoren.

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

Die Versammlung beschliesst ohne Gegenstimme, die Abstimmungen durch Handmehr gemäss Artikel 11 der Statuten vorzunehmen.

<sup>1)</sup> Der Text der Präsidialansprache ist auf Seite 1068 dieses Bulletins wiedergegeben.

## Procès-verbal de la 91<sup>e</sup> Assemblée générale ordinaire de l'UCS

du vendredi 3 septembre 1982, à 16 h  
à la salle des congrès CCCI à Interlaken

Le président, Monsieur H. von Schulthess, directeur du Service de l'Electricité de la Ville de Zurich, souhaite la bienvenue aux invités et aux membres de l'UCS. Dans son exposé il évoque les questions d'actualité de l'économie électrique suisse, et notamment les problèmes politiques à résoudre en vue d'assurer la sécurité de l'approvisionnement en électricité à l'avenir et remercie les membres de l'appui constant dont il a pu bénéficier pendant sa présidence<sup>1)</sup>.

En ouvrant la 91<sup>e</sup> Assemblée générale de l'UCS, le président constate que la convocation avec mention de l'ordre du jour a été publiée dans les délais prescrits dans le Bulletin ASE/UCS N° 14 du 17 juillet 1982. Dans ce même numéro du Bulletin figurent également les propositions du Comité, les comptes et le bilan de l'UCS pour l'année 1981, le rapport du Comité à l'Assemblée générale sur l'exercice 1981, les comptes, le bilan et le rapport annuel 1981 de la Section des achats ainsi que le rapport des vérificateurs des comptes.

L'ordre du jour est adopté tacitement.

L'Assemblée décide à l'unanimité d'effectuer les votations à main levée conformément à l'article 11 des statuts.

<sup>1)</sup> L'exposé du président est reproduit en page 1068 du présent Bulletin.